

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amliches
Publikationsorgan



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 168

Stolp, Mittwoch, den 21. Juli 1926

50. Jahrgang

Der polnische Korridor.

Die Stargarder Eisenbahn-Katastrophe.

Danzig, 20. Juli. Heute mittag ist unter dem Vorsitz des dänischen Generalkonsuls Koch-Danzig das deutsch-polnische Schiedsgericht zusammengetreten, um in dem Streitverfahren wegen der Eisenbahnkatastrophe bei Preußisch-Stargard ein endgültiges Urteil zu fällen. Man rechnet mit dem Urteilspruch für Ende dieser Woche.

Die Schiedsgerichtsverhandlung ist geeignet, die ganze Korridorfrage aufzurollen.

Die unhaltbaren Grenzverhältnisse und die dem furchtbaren Stargarder Verbrechen vorausgegangene Verheerung der polnischen Bevölkerung sind die tatsächlichen und psychologischen Ursachen des Unglücks. Mag die Untersuchungskommission sich nun auf den deutschen Standpunkt stellen, daß die Verlodderung des Bahnkörpers zur Jugentleistung führte, oder nicht. Die polnische Annahme eines Attentats berechtigt Deutschland ebenso zu der Forderung, den Skandal eines polnischen Korridors zu beseitigen.

Die Interessen der deutschen Reichsregierung bei den Verhandlungen des Schiedsgerichts werden durch den deutschen Sachwalter, den deutschen Generalkonsul in Danzig, Dr. Frhr. von Thernann, wahrgenommen. Die bevorstehende Erledigung dieses Schiedsverfahrens gewinnt noch größere Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen wieder aufgenommen sind. Die Forderung nach einer Gewähr für die Betriebssicherheit des deutschen Transitverkehrs durch den „polnischen Korridor“ allein genügt nicht, um den berechtigten deutschen Ansprüchen gerecht zu werden. Die polnische Presse hat bereits vor einigen Wochen mit einem großen Triumphschrei verkündet, daß der holländische Sachverständige sich dem polnischen Standpunkt angeschlossen

habe, daß das Stargarder Eisenbahnunglück auf ein Attentat und nicht auf den Zustand der Eisenbahnstrecke zurückzuführen sei. Dieser polnischen Meldung ist nicht widersprochen worden. Es scheint daher, daß sie auf amtlichen Informationen beruhe und im allgemeinen als zutreffend anzusehen sein dürfte. Auf den ausstehenden Spruch des Schiedsgerichtes darf man nun um so mehr gespannt sein, als er auf einem ausgesprochenen Indizienbeweis fußen muß.

Frankreichs schwierige Lage.

Herriot fordert Ruhe!

Paris, 20. Juli. Parteipolitisch ist die Regierung folgendermaßen zusammengesetzt: 14 Mitglieder gehören den Radikalsocialisten, drei den republikanischen Sozialisten, zwei den Linksradikalen, zwei der republikanischen Linken und ein Mitglied der unabhängigen Linken an. Die meisten Minister des neuen Kabinetts haben schon dem Kabinett Caillaux angehört.

Gestern abend ersuchte Ministerpräsident Herriot die Presse, folgenden Aufruf an das Land zu verbreiten:

Die Regierung der republikanischen Vereinigung hat nur ein Ziel: Die Verteidigung des Frank ohne jeden Parteigeist. Sie verspricht dem Lande, entschlossen zu handeln, fordert zur Ruhe auf,

die ebenso wie die nationale Arbeit eines der unerläßlichsten Elemente für seinen Wiederaufbau ist. Auch der neue Finanzminister de Monzie sagt nach dem „Journal“ über sein Finanzprogramm: Die Regierung werde keine Inflation fordern; sie werde ein Vertrauensvotum und hinsichtlich der Finanzfrage die notwendigen Aktionsmittel fordern.

Die Aufnahme der neuen Regierung durch die Presse ist, von den Linksblättern abgesehen, die denkbar schlechteste. Die Rechtsblätter, wie das „Echo de Paris“ und der „Gaulois“ nennen die neue Regierung eine Herausforderung an das Land. „Echo de Paris“ bezeichnet die Auflösung der Kammer als dringende Notwendigkeit. Der „Gaulois“ weist auf die Schwierigkeiten auf außenpolitischem Gebiet hin. Welche Aufnahme würde ihm der konservative Baldwin bereiten, da er Herriot auf dem besten Fuße mit der Moskauer Regierung wisse? Das Blatt befürchtet, daß Herriot, der auf die Ruhr verzichtet habe, auch die Rheinlandbesetzung aufheben werde. Von den Linksblättern äußern sich „Deuvre“ und die „Volonté“ wenig günstig für die neue Regierung. Der „Quotidien“ ist beinahe das einzige Blatt, das der neuen Regierung in vollem Umfange zustimmt.

★

Vor ersten Unruhen in Frankreich.

Berlin, 20. Juli. Nach den letzten Meldungen aus Paris scheint man auch in französischen Regierungskreisen ernsthafte Unruhen wegen unauhaltbaren Franksturzes und des

sen Einflusses auf die Stimmung der Bevölkerung zu befürchten. Zum ersten Mal in der langen Reihe der Frankstürze hat sich heute der Pariser eine Panik bemächtigt, als deren Folge man schon in den nächsten Tagen ernste Ausschreitungen erwartet. Dies um so mehr, als zahlreiche Geschäftsleute, insbesondere Lebensmittelhändler, sich weigerten, ihre Waren gegen Papierfrank abzugeben. Erschwert wird die Lage noch dadurch, daß auch die Anleihebesitzer das Vertrauen zum Frank restlos verloren haben. Vor den Banken bilden sich große Ansammlungen, die von der Polizei zerstreut werden mußten. Teilweise wurden die Kassen geradezu gestürmt von Leuten, die ihre dort untergebrachten Ersparnisse zurückhaben wollten. Es wird auch eine Wiederholung der fremdenfeindlichen Ausschreitungen des gestrigen Tages befürchtet. Bekanntlich wurden gestern in St. Denis verschiedene Autos mit Engländern und Amerikanern angehalten und die Insassen verprügelt.

Gegen die Besatzungshande.

Vom Deutschen Offizierbund wird geschrieben:

In Vorläufung des sogenannten „Geistes von Locarno“ hat es die Entente eine Zeitlang unterlassen, neue Expresstnoten an Deutschland zu schicken und auch in dem Verhalten der französischen Besatzung des Rheinlandes machte sich scheinbar ein Wandel bemerkbar, der unsere offiziellen und inoffiziellen Passagisten beglückte und mit tiefstem Vertrauen auf eine rosigere Zukunft erfüllte.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben diese Illusionen aufs neue rauh zerstört. In Germersheim wurde, verbürgten Nachrichten zufolge, gelegentlich eines Bezirkskrieger- und Veteranentages das Hohelitzzeichen der deutschen Republik, die amtlich gekürzte heutige deutsche Reichsflagge von einem Gehäube, in dem sich die Reichsvermögensstelle Germersheim befindet, von französischen Soldaten heruntergerissen.

Unter Führung französischer „Offiziere“ ist am nächsten Tage von einer Horde von Soldaten dieser edlen Kullernation die Totenfeier des obigen Vereins am Kriegerdenkmal in unflätigster Weise gestört. Ein Exemplar der „sicreichen“ Armee wie die im Festzug mitgeführte Bundesflagge des Pfälzischen Kriegerbundes an.

Infolge dieser Vorkommnisse und der dadurch entstandenen beargwöhnlichen Erregung der Teilnehmer der Veranstaltung sah sich die Leitung gezwungen, die Feier abzubreaken.

Dieses minderwertige französische Gesindel in Germersheim hat es dann, durch seine „Erfolge“ bei der Totenfeier übermütig geworden, gewagt, die Ehre deutscher Frauen und Mädchen anzutasten. Seit dem 10. Juli werden von dort bisher 5 Fälle unsittlicher Angriffe weißer Franzosen gemeldet, die zum Teil zu Mißhandlungen führten, weil die Frauen ihre Ehre gegen die Hundsjote verteidigten.

Auf dem deutschen Rhein sind Dampfer angehalten worden, auf denen deutsche Kinder von Schülern gefangen wurden, und aus diesem Grunde Verhaftungen vorgenommen.

Gegenüber diesen Schamlosigkeiten und Unverschämtheiten auf deutschem Boden, ist weder ein offizieller deutscher Protest der Regierung bekannt geworden, noch eine französische Entschuldigung.

Zu solchen das Ehrgefühl jedes vaterländischen Deutschen aufpeitschenden Vorkommnissen gesellt sich in würdiger Ueber einstimmung eine neue Note der interalliierten Kontrollkommission, die ihren im letzten Jahre gescheiterten Versuch der Beseitigung des Generalobersten v. Seedt wieder aufnimmt.

Ohne an dieser Stelle auf die Widersprüche einzugehen, deren sich die Kontrollkommission in ihren strupelosen Forderungen zur Beseitigung des um den inneren Wert unserer kleinen Reichswehr verdienten Generalobersten von Seedt schuldig gemacht, verlangen wir ehemaligen Offiziere und mit uns weiteste vaterländische Kreise, daß endlich energisch Schluß gemacht wird mit einem Eingehen auf derartige, die inneren deutschen Angelegenheiten betreffenden Ansuchen unserer Feinde!

Die Forderung aller Deutschgesinnten an die Regierung auf die letzte Note unserer Feinde muß lauten auf **uneingeschränkte, glatte Ablehnung!**

An unsere Mitglieder und Organisationen richten wir die Bitte, in vorstehendem Sinne auf alle ihnen nahestehenden und zugänglichen Kreise einzuwirken, damit endlich im deutschen Volke der einheitliche Wille zur Wahrung unserer Ehre und unserer Sicherheit einer deutschen Regierung die Kraft verleiht, würdiger und fester als bisher diese Belange zu vertreten.

Die Bundesleitung.

Die Stabilisierung der deutschen Währung.

Die jetzigen energischen Versuche Frankreichs, der Inflation durch Stabilisierung seiner Währung Einhalt zu gebieten, rufen die Inflationsvorgänge des Jahres 1923 in Deutschland in Erinnerung, als Helfferich seinen Währungsplan für die Mark Stabilisierung bekannt gab. Es dürfte um so angebrachter sein, sich die Vorgänge der damaligen Zeit von neuem zu vergegenwärtigen, da wieder einmal, und diesmal ganz unerwartet sogar von volksparteilicher Seite die Behauptung aufgeworfen wird, „der ehemalige Reichskanzler Cuno hätte seinerzeit die Mark beim Stand von 20 000 stabilisieren können, wenn ihm nicht durch deutschnationale Männer seine gestellt worden wären, durch die er zum Sturz kommen mußte“. Wie die Dinge zur damaligen Zeit wirklich lagen, darüber gibt die Schrift des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert „Von Wilson bis Dawes, 14 Kapitel Reparationspolitik“, ein klares Bild. Es heißt darin:

... So kam es zu Dr. Cunos Memorandum vom 7. Juni, in dem folgende Garantien geboten worden sind:

1. Die Reichsbahn gibt fünfprozentige Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden zur Sicherung des Zinsendienstes von 500 Goldmillionen jährlich aus.

2. Industrien, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft leisten jährlich 500 Millionen Goldmark für eine durch ersitzliche Pfandrechte gesicherte Verpflichtung von 10 Milliarden Goldmark.

3. Als Sicherheit für die Jahresleistungen werden die Zölle auf Genussmittel, ferner die Verbrauchsabgaben für Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols verpfändet.

Drei Wochen später kam die Friedenslundgebung des Papstes. Allein Frankreich war nach Poincares hochmütigen Worten von „keiner geistlichen und keiner weltlichen Macht zu hindern“, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen; es habe es mit der Regelung der Reparationsfrage keineswegs eilig.

Damals stand der Dollar, obwohl schon riesige Goldbeiträge zur Stützung der Mark geopfert waren, auf 176 000 Mark gegen 10 000 bei Beginn der Ruhrbesetzung. In rasendem Lauf ging die Markentwertung weiter. Es kostete der Dollar am 9. Juli 1923 180 000 Mark, am 23. Juli 1923 350 000 Mark, am 30. Juli 1923 1 000 000 Mark.

Der damalige englische Ministerpräsident Baldwin verglich die Wirkung der Ruhrbesetzung für den internationalen Handel mit den Folgen, die sich ergeben, wenn man mit der Klinge eines Taschenmessers in ein Uhrwerk hineinstoße. Die Bergewaltung der Ruhr konnte keine produktive, sondern nur eine destruktive Wirkung haben.

Da Poincare internationale Sachverständige zur Prüfung der Reparationsfrage nach wie vor ablehnte, griff England zu dem Mittel, daß es in einer Note vom 11. August 1923 vor der ganzen Welt die Rechtswidrigkeit der Ruhrbesetzung beannte. Aus diesem aufsehenerregenden Schritt Englands gegenüber seinem verbündeten Frankreich zog Deutschland keinen Nutzen. Die Sozialdemokraten hatten damals nichts Besseres zu tun, als durch ein Mißtrauensvotum die Stellung des Kanzlers Dr. Cuno zu erschüttern. Um die angeblich wertvolle, in Wirklichkeit schon lange fragwürdig gewordene Hilfe der Sozialdemokratie der Reichsregierung zu erhalten, bildete am 13. August Dr. Stresemann als neuer Kanzler das Kabinett der sogenannten Großen Koalition.

Die Regierungsstrife trieb den Dollar auf 3,3 und 4,86 Millionen Mark. Die baldige Annahme des Goldanleihegesetzes, das schon von Dr. Cuno angekündigt war, dämpfte das Valutafieber und brachte den Dollar vorübergehend auf 2,7 Millionen herunter. Allein, schon am 21. August erreichte der Dollar einen Höchststand von 5,5 Millionen Mark.

An diesem Tage wurde Poincares Note der englischen Regierung übergeben, in der unter Ablehnung einer internationalen Sachverständigenkonferenz ein Gesamtbetrag von 50 Milliarden zusätzlich der von Frankreich den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge gefordert worden ist. Zudem verlangte Poincare weiterhin „produktive Pfänder“ und das Eingverständnis mit dem Verbleiben der Besatzung an der Ruhr. Der Kanzler Dr. Stresemann nahm die Poincaresche Forderung nach produktiven Pfändern an und richtete am 26. September an das deutsche Volk einen Aufruf, den passiven Widerstand im Ruhrkampf abzubrechen. Das hatte die Wirkung, daß der Dollar, der inzwischen schon auf 182 Millionen Mark gestiegen war, bis auf 126 Millionen fiel.

Längst hatte der verdienstvolle Dr. Helfferich einen Währungsplan für die Markstabilisierung dem Kanzler Dr. Cuno und am 18. August 1923 auch dem Kabinett Dr. Stresemann bekanntgegeben. Allein der sozialdemokratische Finanzminister der Großen Koalition, Dr. Hilferding, verschleppte und verschlechterte den Rettungsplan. Schon waren kostbare Wochen vergangen und der Helfferichsche Währungsplan zugunsten ei-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Magistrat benötigt anlässlich des Hindenburg-Besuchs am 15. August d. Js. mehrere

Personenkraftwagen.

Besitzer von Personenkraftwagen, die bereit sind, ihre Wagen an diesem Tage zur Verfügung zu stellen, werden gebeten, dem Magistrat unter Angabe der evtl. Kosten bis zum 1. 8. hiervon Mitteilung zu machen.

Stolp, den 21. Juli 1926

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Freibadeanstalt an der Bleiche wurde in diesem Jahre nicht eröffnet, weil sie sehr schadhaft ist und mit Rücksicht darauf, daß nach Fertigstellung der neuen Badeanstalt die Anstalt an der Bleiche eingeebnet, große Reparaturen nicht mehr gemacht werden sollten.

Auf mehrfachen Wunsch wird die Freibadeanstalt an der Bleiche in dem jetzigen Zustande wieder zur Benutzung freigegeben.

Stolp, den 19. Juli 1926.

Stadtkam für Leibesübung.

Bekanntmachung.

Nachdem der Magistrat die uns erteilte Erlaubnis zur Benutzung der Turnhalle des Oberlyzeums für den 15. 8. 26 zurückgezogen hat, findet die Wahl der Ausschuhretreter und Ersahmänner aus dem Kreise der Arbeitnehmer nicht an diesem Tage, sondern am

Sonntag, den 22. August d. Js.

statt.

Indem wir auf den Inhalt unserer Bekanntmachung vom 21. Juni d. Js. — abgedruckt in Nr. 144 der hiesigen Tageszeitungen — besonders hinweisen, bemerken wir noch, daß Wahlvorschlüge spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag beim unterzeichneten Kassenvorstand einzureichen sind.

Wahlberechtigt sind nur die Arbeitnehmer. Zu wählen sind 30 Vertreter und 60 Ersahmänner. Die Wahl findet für die weiblichen Wähler in dem Verwaltungsgebäude unserer Kasse — Bismarckplatz 1 — und für die männlichen Wähler in der Turnhalle des Oberlyzeums — Arnoldstraße — statt.

Stolp, den 19. Juli 1926.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Stadtkreises Stolp.

Landwirte Pommerns Automobil-Besitzer in Front!

Treibt keinen Luxus bei Verwendung zu teurerer Oele.

Bezieht in Barrels zum Preise von

75 Pfg. per Kg. = 1 Ltr. fr. Bhj. Stolp

bestes und im Gebrauch billigstes Öl für alle Motorfahrzeuge

„Delogol“

gef. gesch. distill. Sommeröl

durch
L. Moeller, Stolp i. P., Rüterstr. 36
Fernsprecher 780.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Fourniere — Sperrplatten

bieten aus soeben eingetroffener Sendung preiswert an, in allen Sorten und Stärken wie:

Eiche — Gabun

Amerik. Nußbaum — Whitewood

kanadische Birke — finnische Birke

Sapeli (Mahagoni)

Gebr. Brabandt

Holz- und Fournierhandlung.

Kontor Bahnhofstr. 8.

Garten- u. Feuerspritzen-Schläuche

in Ganz und Gummi empfiehlt in allen Weiten

Fernsprecher 892. J. de Beer, Stolp, Langestr. 13.

Ostseebad Stolpmünde.

Freitag, den 23. Juli

Badefest

Doppel-Konzert Kapelle d. U.-Batll.-Inf.-Rgt.-Neustettin

ausgeführt von der

Leitung: Herr Musikmeister Hübner

und der Kurkapelle.

Leitung: Herr Obermusikmeister a. D. Hagen.

:: Großes Brillantfeuerwerk. ::

Konzerte: $\frac{1}{2}5-\frac{1}{2}7$ Uhr nachm.

8-11 Uhr abends.

Eintrittspreise: Passanten und Nichtinhaber

von Kur- und Konzertkarten:

Für Erwachsene: beide Konzerte 1,— Mf.

Nachmittagskonzert allein 0,50 Mf.

Abendkonzert allein 0,80 Mf.

Inhaber von Kur- und Konzertkarten:

Für Erwachsene: beide Konzerte 0,80 Mf.

Nachmittagskonzert allein 0,30 Mf.

Abendkonzert allein 0,60 Mf.

Kinder zahlen die Hälfte obiger Preise.

Kur- und Konzertkarten haben an diesem Tage keine Gültigkeit.
Programme sind an der Kasse erhältlich.

Am Sonnabend, den 24. Juli

Großes Schwimmfest

— Näheres Tagesinformat —

Die Badeverwaltung.

Änderungen vorbehalten.

Das Geschäftsaufsichtsverfahren über den Kaufmann Willi Wiede, Seidenhaus, in Stolp, ist infolge rechtskräftiger Bestätigung des Vergleichs vom 17. Mai 1926

22. Juni

beendet.

Stolp, den 12. Juli 1926.
Amtsgericht.

Zwangs- Versteigerung.

Am Donnerstag, den 22. Juli 1926, vorm. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr werde ich in Lupo Trepppunkt Grumblocher Grenze-Chauffeur:

ca. 6 Morgen Roggen auf dem Halm

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern.

Stolp, den 19. Juli 1926.

Haseney,

Ober-Gerichtsvollzieher.

Einheirat!

In Landwirtschaft. Hübsches 23 jähr. Fräulein m. 200 000 Gml. bar und 850 Morgen gr. Gut, wünscht sich mit freibem Herrn auch ohne Vermög. zu verheiraten durch Fr. Sander, Berlin C. 25.

S. W. Feiges
Buchdruckerei
Stolp i. Pom.

Sternstr. 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von
Drucksachen
aller Art
in schwarz und farbig.

Der Kölner Dom in Gefahr!

Das hervorragendste nationale Kunstdenkmal auf deutschem Boden, das Wahrzeichen deutscher Einigkeit, ist bedroht. Sein Gestein hält nicht stand. Die Bauschäden werden täglich größer. Mit kleinen Mitteln kann nicht mehr geholfen werden, wenn nicht aus der bisherigen Absturzgefahr einzelner Teile eine Einsturzgefahr für konstruktiv wichtige Bauteile entstehen soll. Es handelt sich jetzt darum, ob wir das Nationaldenkmal am deutschen Strome erhalten oder verfallen lassen wollen.

Der Zentral-Dombau-Verein

rufft alle Kreise und Schichten des deutschen Volkes auf. Denn trotz der Not der Zeit ist die unversehrte Erhaltung des Domes eine Ehrenpflicht des ganzen deutschen Volkes, der es sich nicht entziehen kann, ohne sich selbst aufzugeben.

Tretet dem Dombau-Verein bei!

Unser Ruf geht zunächst an die Kölner, die den Dom in ihren Mauern bergen und stets seine opferfreudigsten Freunde und Hüter waren.

Als dann an die übrigen Rheinländer, denen Dom und Strom die untrennbaren ewigen Symbole der Heimat und des Glückes sind.

Schießlich an das ganze deutsche Volk, das sich dem treuen Wächter am deutschen Rheine gerade zeigt, wo er ihm wieder gesichert ist, in alter Liebe und neuer Begeisterung zuwenden wird.

Für den Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins:

Karl Josef Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln

Ehrenvorsitzender.

Reichsminister a. D. Dr. Frenken

Präsident.

Konsul Heinr. Maus Kommerzienrat Alfred Neven-Dumont Geh. u. Oberbaurat Hertel

stellv. Präsident.

Schriftführer.

Kommerzienrat Dr. Ahn, Dompropst Dr. Middendorf, Erzdiözesanbaurat Renard,

Jacob Schmitz-Valkenberg, Bankdirektor Wilhelm Schmitz.

★

Vorstehendem Aufruf schließen wir uns mit der Bitte an, recht zahlreich Mitglied des Zentral-Dombau-Vereins zu Köln zu werden. Kölner, Rheinländer, Deutsche, werdet alle Mitglieder und helft dadurch, den Kölner Dom zu retten!

Dr. h. c. Adenauer, Oberbürgermeister von Köln.

Dr. h. c. Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz.

Dr. h. c. Horion, Landeshauptmann der Rheinprovinz.

Der Mindestbeitrag für Vereinsmitglieder beträgt Mk. 3.—. Beitrittserklärungen sind zu richten an das Sekretariat des Zentral-Dombau-Vereins e. V., Köln, Dombauhütte. Geldspenden und Mitgliedsbeiträge werden erbeten auf das Postcheckkonto des Vereins: Köln Nr. 53169.

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volksschlüße

zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mf. und sind vorläufig zu haben.

A. Lemme & Co., Langestraße 64

Emil Wolsdorff Fab. Paul Hartmann, Markt 15

Hotel Kaiserhof, Neutorstraße

Mag Bröske, Neutorstraße 14

Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volksschlüße.

W. Laenen, Stadtrat.

Dr. Höpfners

Chirurg. u. orthopäd. Privat-Klinik
Stolp i. Pom. — Wasserstr. 20.

Neuzeitliche Röntgen-Anstalt

Behandlung von Geschwülsten operativ oder durch Tiefenbestrahlung.

Werktag. 9—11, 3—4.

Börsen-Interessenten

erhalten unsere wöchentlichen Börsenberichte auf Wunsch gratis regelmäßig zugesandt.

v. Bischoffshausen & Co., Bankgeschäft
Berlin S. W. 68, Friedrichstraße 207.